

Salzburger Nachrichten

[Österreich](#) | [Politik](#)

ÖVP-Obmann Kurz will kürzere Verwaltungsverfahren

ÖVP-Obmann Sebastian Kurz fordert kürzere Verwaltungsverfahren, um den Wirtschaftsstandort Österreich zu sichern. Derzeit würden lange Verfahren für Großprojekte Investoren abschrecken, kritisierte er anlässlich eines Rundgangs am Flughafen Wien. Unterstützt wurde die Forderung von Flughafen Wien-Chef Günther Ofner und AUA-Chef Kay Kratky. Heftige Kritik kam von den Grünen.

Von Apa / 21.07.2017 - 14:49 / Kommentieren



Auch Arbeitszeitflexibilisierung war Thema.

BILD: SN/APA/GEORG HOCHMUTH

Der Flughafen Wien sei ein "bedeutsames Wirtschaftsunternehmen" und ein zentraler Teil der Infrastruktur, erklärte Kurz. Ein Problem, das nicht nur den Airport betrifft, sei aber, dass es einem in Österreich schwer gemacht werde, Großprojekte zu verwirklichen. "Die dritte Piste zieht sich über 17 Jahre, eine unvorstellbare Zeitspanne", verwies der Minister auf sein Alter von 30 Jahren. Die dritte Piste sei aber nicht das einzige Großprojekt, bei dem das Verfahren "zu lange" dauert. Durch derartig lange Verfahrensdauern würden Projekte verhindert, Kapital nicht investiert und Jobs nicht geschaffen, kritisierte Kurz. Unternehmen würden Millionen Euro für Gutachten ausgeben und keine Rechtssicherheit haben, gab er ebenfalls zu bedenken. Lange Verfahren schrecken außerdem Investoren ab.

Für sein Wahlprogramm kündigte Kurz daher an, dass Bürokratie massiv abgebaut und die Verfahrensdauer reduziert werden soll. Verfahren sollen zügig und

kundenfreundlich abgewickelt werden, forderte er. Konkret sollte es für Verfahren etwa eine zeitliche Beschränkung geben. Grundsätzlich meinte er: "Wenn man Veränderungen will, braucht es Druck. Man muss es aushalten, Reibung auszulösen." Weiters pochte er auf seine Forderung nach einer Senkung der derzeitigen Steuer- und Abgabenquote: "Da muss sich dringend etwas ändern, damit der Standort attraktiv bleibt."

Infrastrukturminister Jörg Leichtfried (SPÖ) griff die Aussagen von Kurz auf und betonte, dass er schon seit langem schnellere Verwaltungsverfahren für große Infrastrukturprojekte befürwortet. Er sieht daher ÖVP-Chef Sebastian Kurz auf die Linie seiner Partei eingeschwenkt. Den "vollmundeten Ankündigungen" solle Kurz nun Taten folgen lassen.

Wie Leichtfried erklärte, könnte man gemeinsam noch vor der Wahl eine Reform beschließen. Bisher seien die SPÖ-Vorschläge wie kürzere Fristen und klare Zuständigkeiten von der Volkspartei blockiert worden.

Gesprächsthema beim Flughafenbesuch des Außenministers war auch die Arbeitszeitflexibilisierung. Dass es hierzu keine Einigung der Sozialpartner gegeben habe, sei "schlecht", meinte Kurz, denn die Flexibilisierung stelle eine "Win-Win"-Situation für beide Seiten dar. Auf die Frage, ob die Arbeitszeitflexibilisierung dann gesetzlich geregelt werden sollte, erklärte der Parteichef allgemein: "Ich bin niemand, der der Meinung ist, dass wenn man sagt, es ist jemand zuständig und wenn man es nicht schafft, dann bleibt alles wie es ist. Das ist nicht mein Zugang."

Heftige Kritik am Vorschlag von Kurz, eine zeitliche Beschränkung für Verwaltungsverfahren einzuführen, kam indes von den Grünen. Grünen-Verkehrssprecher Georg Willi wirft Kurz vor, mit falschen Zahlen zur Verfahrensdauer der dritten Piste am Flughafen Schwechat "unsachlichen Wahlkampflärm" zu erzeugen. "Da wird geschummelt, dass sich die Balken biegen", heißt es in einer Aussendung.

Laut der Datenbank der Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) des Umweltbundesamtes stamme der Antrag auf Genehmigung der Piste vom 13.3.2007, so Willi. Die Unterlagen wären demnach erst am 22.8.2011 vollständig gewesen. "Wir reden also nicht von 17, sondern knapp sechs Jahren Verfahrensdauer", betonte Willi in einer Aussendung. Das Mediationsverfahren, das von der Flughafen Wien AG durchgeführt wurde, zähle "dezidiert nicht zum UVP-Verfahren."

Eine Verfahrensdauer von sechs Jahren möge lang erscheinen, sie stelle aber in der durchschnittlichen Betrachtung einen Ausreißer dar, betonte Willi. Der jüngste UVP-Bericht von 2015 weise von der Einreichung bis zur Entscheidung der Landesregierung durchschnittlich 23,4 Monate Verfahrensdauer nach, ab Vollständigkeit der Antragsunterlagen durchschnittlich 13 Monate (2014).

Eine "Fallfrist für UVP-Verfahren" einzuführen, bezeichnete Willi als eine "Schnapsidee", die dem Rechtsstaats-Prinzip widerspreche. Die Grünen fordern hingegen eine bessere Behörden-Ausstattung und mehr Amtssachverständige. "Wir

Grüne stehen für effizientere Genehmigungsverfahren, aber sicher nicht für einen Abbau von Umwelt- und Beteiligungsstandards. Ich erwarte mir vom ÖVP-Chef, dass er dem überlauten Fluglärm den Kampf ansagt und nicht unsachlichen Wahlkampflärm erzeugt", so Willi.

Der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) stellte sich indes hinter Kurz. "Wenn - so wie beim Projekt "dritte Piste" in Wien - ein Verfahren 17 Jahre lang dauert und mehr als 100 Millionen Euro verschlingt, dann läuft etwas gravierend falsch", meinte Platter in einer Aussendung. Man müsse Investoren Klarheit bieten, damit sie nicht "entnervt das Handtuch werfen" und dadurch Österreichs Standortqualität und Innovationskraft beschädigt werde. Platter betonte, dass auch die Landeshauptleute sich bei ihrer letzten Konferenz in Alpbach für effizientere Genehmigungsverfahren ausgesprochen hätten. "Wir müssen deshalb gemeinsam versuchen, die Verfahren schneller und unbürokratischer zu machen", sagte Platter.

Auch Flughafenvorstand Günther Ofner stellt sich hinter Kurz. Das Projekt befinde sich derzeit im 18. Jahr, so Ofner gegenüber der APA. Es sei "pure Polemik", diese Jahresanzahl zu verkürzen. Seine Kritik richtete sich an den grünen Verkehrssprecher Georg Willi, der zuvor behauptet hatte, dass das Verfahren bisher nur sieben Jahre gedauert habe. Gegenüber der APA erklärte Ofner, dass das Projekt seit 1999 verfolgt werde. 2001 habe das Mediationsverfahren begonnen, das 2005 seinen Abschluss in einem Mediationsvertrag zwischen Bürgerinitiativen, Anrainergemeinden und den Ländern Wien und Niederösterreich gefunden habe. 2007 wurde dann ein Antrag auf Genehmigung der Piste eingereicht. Daher befinde sich das Projekt derzeit im 18. Jahr und "man müsse ein Prophet sein, um zu wissen, wie lang es dauern wird, da derzeit noch nicht einmal die Entscheidung zweiter Instanz vorliegt", sagte Ofner im Gespräch mit der APA.

Ofner betonte außerdem, dass es in Zukunft nicht so weiter gehen könne. Solche Verfahren würden monströse Kosten für Projektwerber und die öffentliche Hand verursachen. Zweistellige Millionenbeträge müssten ausgegeben werden bevor Rechtssicherheit gewährt werden würde. Dies würde dem österreichischen Wirtschaftsstandort immens belasten und beschädigen. Die verfahrensverlängernden Faktoren seien laut Ofner in Österreich und nicht auf EU-Ebene zu finden. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem "Gold-plating von EU-Normen durch zusätzliche österreichische Bestimmungen", das dringend beseitigt gehöre.

Dritte Piste

Flughafenvorstand: "Verfahrensdauer von 17 Jahren" Der Flughafenvorstand Günther Ofner stellt sich in der Diskussion um die Verfahrensdauer bezüglich der dritten Piste am Wiener Flughafen hinter ÖVP-Chef Sebastian Kurz.



Symbolbild | [hxdyl/Shutterstock.com](https://www.shutterstock.com)

Das Projekt befinde sich derzeit im 18. Jahr, so Ofner. Es sei "pure Polemik", diese Jahresanzahl zu verkürzen.

Seine Kritik richtete sich an den grünen Verkehrssprecher Georg Willi, der zuvor behauptet hatte, dass das Verfahren bisher nur sieben Jahre gedauert habe. Gegenüber der APA erklärte Ofner, dass das Projekt seit 1999 verfolgt werde. 2001 habe das Mediationsverfahren begonnen, das 2005 seinen Abschluss in einem Mediationsvertrag zwischen Bürgerinitiativen, Anrainergemeinden und den Ländern Wien und Niederösterreich gefunden habe.

2007 wurde dann ein Antrag auf Genehmigung der Piste eingereicht. Daher befinde sich das Projekt derzeit im 18. Jahr und "man müsse ein Prophet sein, um zu wissen, wie lang es dauern wird, da derzeit noch nicht einmal die Entscheidung zweiter Instanz vorliegt", sagte Ofner.

Ofner: "Monströse Kosten"

Ofner betonte außerdem, dass es in Zukunft nicht so weiter gehen könne. Solche Verfahren würden monströse Kosten für Projektwerber und die öffentliche Hand verursachen. Zweistellige Millionenbeträge müssten ausgegeben werden bevor Rechtssicherheit gewährt werden würde. Dies würde dem österreichischen Wirtschaftsstandort immens belasten und beschädigen.

Die verfahrensverlängernden Faktoren seien laut Ofner in Österreich und nicht auf EU-Ebene zu finden. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem "Gold-plating von EU-Normen durch zusätzliche österreichische Bestimmungen", das dringend beseitigt gehöre.

Heftige Kritik an Kurz: "Da wird geschummelt, dass sich die Balken biegen"

Der grüne Verkehrssprecher Georg Willi wirft dem ÖVP-Chef Sebastian Kurz vor, bei der dritten Piste mit falschen Zahlen „unsachlichen Wahlkampfärm“ zu erzeugen.



Kurz bei einem Wahlkampfauftritt in Schwechat – Die Presse (Clemens Fabry)

21.07.2017 um 13:58

Heftige Kritik an dem Vorschlag von ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz eine zeitliche Beschränkung für Verwaltungsverfahren einzuführen gibt es von den Grünen. Der grüne Verkehrssprecher Georg Willi wirft Kurz vor, **bei den Zahlen über die Verfahrensdauer der dritten Piste** geschummelt zu haben. Die Grünen fordern bessere Behörden-Ausstattungen und mehr Amtssachverständige statt zeitlichen Fristen.

Willi wirft Kurz vor, mit falschen Zahlen zur Verfahrensdauer der dritten Piste am Flughafen Schwechat "unsachlichen Wahlkampfärm" zu erzeugen. "Da wird geschummelt, dass sich die Balken biegen", heißt es in einer Aussendung. Laut der Datenbank der Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) des Umweltbundesamtes stamme der Antrag auf Genehmigung der Piste vom 13.3.2007, so Willi. Die Unterlagen wären demnach erst am 22.8.2011 vollständig gewesen. "Wir reden also nicht von 17, sondern knapp sechs Jahren Verfahrensdauer", betonte Willi in einer Aussendung. Das Mediationsverfahren, das von der Flughafen Wien AG durchgeführt wurde, zähle "dezidiert nicht zum UVP-Verfahren."

Eine Verfahrensdauer von sechs Jahren möge lang erscheinen, sie stelle aber in der durchschnittlichen Betrachtung einen Ausreißer dar, betonte Willi. Der jüngste UVP-Bericht von 2015 weise von der Einreichung bis zur Entscheidung der Landesregierung durchschnittlich 23,4 Monate Verfahrensdauer nach, ab Vollständigkeit der Antragsunterlagen durchschnittlich 13 Monate (2014).

"Schnapsidee"

Eine "Fallfrist für UVP-Verfahren" einzuführen, bezeichnete Willi als eine "Schnapsidee", die dem Rechtsstaats-Prinzip widerspreche. Die Grünen fordern hingegen eine bessere Behörden-Ausstattung und mehr Amtssachverständige. "Wir Grüne stehen für effizientere Genehmigungsverfahren, aber sicher nicht für einen Abbau von Umwelt-und Beteiligungsstandards. Ich erwarte mir vom ÖVP-Chef, dass er dem überlauten Fluglärm den Kampf ansagt und nicht unsachlichen Wahlkampflärm erzeugt", so Willi.

Der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) stellte sich indes hinter Kurz. "Wenn - so wie beim Projekt "dritte Piste" in Wien - ein Verfahren 17 Jahre lang dauert und mehr als 100 Millionen Euro verschlingt, dann läuft etwas gravierend falsch", meinte Platter in einer Aussendung. Man müsse Investoren Klarheit bieten, damit sie nicht "entnervt das Handtuch werfen" und dadurch Österreichs Standortqualität und Innovationskraft beschädigt werde. Platter betonte, dass auch die Landeshauptleute sich bei ihrer letzten Konferenz in Alpbach für effizientere Genehmigungsverfahren ausgesprochen hätten. "Wir müssen deshalb gemeinsam versuchen, die Verfahren schneller und unbürokratischer zu machen", sagte Platter.

(APA)

Vienna Online

Vienna.

“Geschummelt, dass sich die Balken biegen”: Grüne mit heftiger Kritik an Sebastian Kurz

21. Juli 2017 13:42 Akt.: 21. Juli 2017 14:45



ÖVP-Chef Sebastian Kurz wird vom grünen Verkehrssprecher Georg Willi scharf kritisiert. - © APA/Herbert Neubauer

Der grüne Verkehrssprecher Georg Willi wirft Sebastian Kurz vor, “unsachlichen Wahlkampflärm” zu erzeugen. Der ÖVP habe

bei den Zahlen über die Verfahrensdauer der dritten Piste geschummelt.

Heftige Kritik an dem Vorschlag von ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz, eine zeitliche Beschränkung für Verwaltungsverfahren einzuführen, gibt es von den Grünen. Der grüne Verkehrssprecher Georg Willi wirft Kurz vor, bei den Zahlen über die Verfahrensdauer der dritten Piste geschummelt zu haben. Die Grünen fordern bessere Behörden-Ausstattungen und mehr Amtssachverständige statt zeitlichen Fristen.

Willi wirft Kurz vor, mit falschen Zahlen zur Verfahrensdauer der dritten Piste am Flughafen Schwechat “unsachlichen Wahlkampflärm” zu erzeugen. “Da wird geschummelt, dass sich die Balken biegen”, heißt es in einer Aussendung. Laut der Datenbank der Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) des Umweltbundesamtes stamme der Antrag auf Genehmigung der Piste vom 13.3.2007, so Willi. Die Unterlagen wären demnach erst am 22.8.2011 vollständigen gewesen. “Wir reden also nicht von 17, sondern knapp sechs Jahren Verfahrensdauer”, betonte Willi in einer Aussendung. Das Mediationsverfahren, das von der Flughafen Wien AG durchgeführt wurde, zähle “dezidiert nicht zum UVP-Verfahren.”

Eine Verfahrensdauer von sechs Jahren möge lang erscheinen, sie stelle aber in der durchschnittlichen Betrachtung einen Ausreißer dar, betonte Willi. Der jüngste UVP-Bericht von 2015 weise von der Einreichung bis zur Entscheidung der Landesregierung durchschnittlich 23,4 Monate Verfahrensdauer nach, ab Vollständigkeit der Antragsunterlagen durchschnittlich 13 Monate (2014).

Kritik an Sebastian Kurz: Georg Willi spricht von “Schnapsidee”

Eine “Fallfrist für UVP-Verfahren” einzuführen, bezeichnete Willi als eine “Schnapsidee”, die dem Rechtsstaats-Prinzip widerspreche. Die Grünen fordern hingegen eine bessere Behörden-Ausstattung und mehr Amtssachverständige. “Wir Grüne stehen für effizientere Genehmigungsverfahren, aber sicher nicht für einen Abbau von Umwelt- und Beteiligungsstandards. Ich erwarte mir vom ÖVP-Chef, dass er dem überlauten Fluglärm den Kampf ansagt und nicht unsachlichen Wahlkampflärm erzeugt”, so Willi.

Der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) stellte sich indes hinter Kurz. “Wenn – so wie beim Projekt “dritte Piste” in Wien – ein Verfahren 17 Jahre lang dauert und mehr als 100 Millionen Euro verschlingt, dann läuft etwas gravierend falsch”, meinte Platter in einer Aussendung. Man müsse Investoren Klarheit bieten, damit sie nicht “entnervt das Handtuch werfen” und dadurch Österreichs

Standortqualität und Innovationskraft beschädigt werde. Platter betonte, dass auch die Landeshauptleute sich bei ihrer letzten Konferenz in Alpbach für effizientere Genehmigungsverfahren ausgesprochen hätten. “Wir müssen deshalb gemeinsam versuchen, die Verfahren schneller und unbürokratischer zu machen”, sagte Platter.

Flughafenvorstand bestätigt Verfahrensdauer von 17 Jahren

Der Flughafenvorstand Günther Ofner stellt sich in der Diskussion um die Verfahrensdauer bezüglich der dritten Piste am Wiener Flughafen hinter ÖVP-Chef Sebastian Kurz. Das Projekt befinde sich derzeit im 18. Jahr, so Ofner gegenüber der APA. Es sei “pure Polemik”, diese Jahresanzahl zu verkürzen.

Seine Kritik richtete sich an den grünen Verkehrssprecher Willi, der zuvor behauptet hatte, dass das Verfahren bisher nur sieben Jahre gedauert habe. Gegenüber der APA erklärte Ofner, dass das Projekt seit 1999 verfolgt werde. 2001 habe das Mediationsverfahren begonnen, das 2005 seinen Abschluss in einem Mediationsvertrag zwischen Bürgerinitiativen, Anrainergemeinden und den Ländern Wien und Niederösterreich gefunden habe. 2007 wurde dann ein Antrag auf Genehmigung der Piste eingereicht. Daher befinde sich das Projekt derzeit im 18. Jahr und “man müsse ein Prophet sein, um zu wissen, wie lang es dauern wird, da derzeit noch nicht einmal die Entscheidung zweiter Instanz vorliegt”, sagte Ofner im Gespräch mit der APA.

Ofner betonte außerdem, dass es in Zukunft nicht so weiter gehen könne. Solche Verfahren würden monströse Kosten für Projektwerber und die öffentliche Hand verursachen. Zweistellige Millionenbeträge müssten ausgegeben werden bevor Rechtssicherheit gewährt werden würde. Dies würde dem österreichischen Wirtschaftsstandort immens belasten und beschädigen. Die verfahrensverlängernden Faktoren seien laut Ofner in Österreich und nicht auf EU-Ebene zu finden. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem “Gold-plating von EU-Normen durch zusätzliche österreichische Bestimmungen”, das dringend beseitigt gehöre.

(APA, Red.)

Grüne werfen Kurz unsachlichen Wahlkampf vor

21. Juli 2017, 13:28



foto: apa/hochmuth

Soll bei Zahlen geschummelt haben: Kurz.

Verkehrssprecher Willi: Kurz bedient sich falscher Zahlen – Platter unterstützt KurzWien – Heftige Kritik an dem Vorschlag von ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz, eine zeitliche Beschränkung für Verwaltungsverfahren einzuführen, gibt es von den Grünen. Der grüne Verkehrssprecher Georg Willi wirft Kurz vor, bei den Zahlen über die Verfahrensdauer der dritten Piste geschummelt zu haben. Die Grünen fordern bessere Behörden-Ausstattungen und mehr Amtssachverständige statt zeitlichen Fristen.

Willi wirft Kurz vor, mit falschen Zahlen zur Verfahrensdauer der dritten Piste am Flughafen Schwechat "unsachlichen Wahlkampflärm" zu erzeugen. "Da wird geschummelt, dass sich die Balken biegen", heißt es in einer Aussendung. Das Verfahren habe nur knapp sechs Jahre gedauert, nicht 17 Jahre, wie von Kurz behauptet.

Eine Verfahrensdauer von sechs Jahren möge lang erscheinen, sie stelle aber in der durchschnittlichen Betrachtung einen Ausreißer dar, betonte Willi. Der jüngste UVP-Bericht von 2015 weise von der Einreichung bis zur Entscheidung der Landesregierung durchschnittlich 23,4 Monate Verfahrensdauer nach, ab Vollständigkeit der Antragsunterlagen durchschnittlich 13 Monate (2014).

"Schnapsidee"

Eine "Fallfrist für UVP-Verfahren" einzuführen, bezeichnete Willi als eine "Schnapsidee", die dem Rechtsstaats-Prinzip widerspreche. Die Grünen fordern hingegen eine bessere Behörden-Ausstattung und mehr Amtssachverständige. "Wir Grünen stehen für effizientere Genehmigungsverfahren, aber sicher nicht für einen Abbau von Umwelt- und Beteiligungsstandards. Ich erwarte mir vom ÖVP-Chef, dass er dem überlauten Fluglärm den Kampf ansagt und nicht unsachlichen Wahlkampflärm erzeugt", so Willi.

Laut der Datenbank der Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) des Umweltbundesamtes stamme der Antrag auf Genehmigung der Schwechater Piste vom 13.3.2007, so Willi. Die Unterlagen wären demnach erst am 22.8.2011 vollständig gewesen. Das Mediationsverfahren, das von der Flughafen Wien AG durchgeführt wurde, zähle "dezidiert nicht zum UVP-Verfahren." Hier habe Kurz verzerrende Angaben gemacht. (APA, 21.7.2017) - derstandard.at/2000061620051/Gruene-werfen-Kurz-unsachlichen-Wahlkampf-vor.

WIRTSCHAFTSPOLITIK ÖSTERREICH

NR-Wahl: Flughafenvorstand bestätigt Verfahrensdauer von 17 Jahren**Utl.: Ofner: "Pure Polemik" von Willi =**

Wien (APA) - Der Flughafenvorstand Günther Ofner stellt sich in der Diskussion um die Verfahrensdauer bezüglich der dritten Piste am Wiener Flughafen hinter ÖVP-Chef Sebastian Kurz. Das Projekt befinde sich derzeit im 18. Jahr, so Ofner gegenüber der APA. Es sei "pure Polemik", diese Jahresanzahl zu verkürzen.

Seine Kritik richtete sich an den grünen Verkehrssprecher Georg Willi, der zuvor behauptet hatte, dass das Verfahren bisher nur sieben Jahre gedauert habe. Gegenüber der APA erklärte Ofner, dass das Projekt seit 1999 verfolgt werde. 2001 habe das Mediationsverfahren begonnen, das 2005 seinen Abschluss in einem Mediationsvertrag zwischen Bürgerinitiativen, Anrainergemeinden und den Ländern Wien und Niederösterreich gefunden habe. 2007 wurde dann ein Antrag auf Genehmigung der Piste eingereicht. Daher befinde sich das Projekt derzeit im 18. Jahr und "man müsse ein Prophet sein, um zu wissen, wie lang es dauern wird, da derzeit noch nicht einmal die Entscheidung zweiter Instanz vorliegt", sagte Ofner im Gespräch mit der APA.

Ofner betonte außerdem, dass es in Zukunft nicht so weiter gehen könne. Solche Verfahren würden monströse Kosten für Projektwerber und die öffentliche Hand verursachen. Zweistellige Millionenbeträge müssten ausgegeben werden bevor Rechtssicherheit gewährt werden würde. Dies würde dem österreichischen Wirtschaftsstandort immens belasten und beschädigen. Die verfahrensverlängernden Faktoren seien laut Ofner in Österreich und nicht auf EU-Ebene zu finden. Er sprach in diesem Zusammenhang von einem "Gold-plating von EU-Normen durch zusätzliche österreichische Bestimmungen", das dringend beseitigt gehöre.

(Schluss) fpr/mk

APA327 2017-07-21/14:27

211427 Jul 17

WIRTSCHAFTSPOLITIK ÖSTERREICH

NR-Wahl: Grüne werfen Kurz unsachlichen Wahlkampf vor**Utl.: Willi: Kurz bedient sich falscher Zahlen - Platter unterstützt****Kurz =**

Wien (APA) - Heftige Kritik an dem Vorschlag von ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz eine zeitliche Beschränkung für Verwaltungsverfahren einzuführen gibt es von den Grünen. Der grüne

Verkehrssprecher Georg Willi wirft Kurz vor, bei den Zahlen über die Verfahrensdauer der dritten Piste geschummelt zu haben. Die Grünen fordern bessere Behörden-Ausstattungen und mehr Amtssachverständige statt zeitlichen Fristen.

Willi wirft Kurz vor, mit falschen Zahlen zur Verfahrensdauer der dritten Piste am Flughafen Schwechat "unsachlichen Wahlkampfärm" zu erzeugen. "Da wird geschummelt, dass sich die Balken biegen", heißt es in einer Aussendung. Laut der Datenbank der Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) des Umweltbundesamtes stamme der Antrag auf Genehmigung der Piste vom 13.3.2007, so Willi. Die Unterlagen wären demnach erst am 22.8.2011 vollständig gewesen. "Wir reden also nicht von 17, sondern knapp sechs Jahren Verfahrensdauer", betonte Willi in einer Aussendung. Das Mediationsverfahren, das von der Flughafen Wien AG durchgeführt wurde, zähle "dezidiert nicht zum UVP-Verfahren."

Eine Verfahrensdauer von sechs Jahren möge lang erscheinen, sie stelle aber in der durchschnittlichen Betrachtung einen Ausreißer dar, betonte Willi. Der jüngste UVP-Bericht von 2015 weise von der Einreichung bis zur Entscheidung der Landesregierung durchschnittlich 23,4 Monate Verfahrensdauer nach, ab Vollständigkeit der Antragsunterlagen durchschnittlich 13 Monate (2014).

Eine "Fallfrist für UVP-Verfahren" einzuführen, bezeichnete Willi als eine "Schnapsidee", die dem Rechtsstaats-Prinzip widerspreche. Die Grünen fordern hingegen eine bessere Behörden-Ausstattung und mehr Amtssachverständige. "Wir Grüne stehen für effizientere Genehmigungsverfahren, aber sicher nicht für einen Abbau von Umwelt- und Beteiligungsstandards. Ich erwarte mir vom ÖVP-Chef, dass er dem überlauten Fluglärm den Kampf ansagt und nicht unsachlichen Wahlkampfärm erzeugt", so Willi.

Der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) stellte sich indes hinter Kurz. "Wenn - so wie beim Projekt "dritte Piste" in Wien - ein Verfahren 17 Jahre lang dauert und mehr als 100 Millionen Euro verschlingt, dann läuft etwas gravierend falsch", meinte Platter in einer Aussendung. Man müsse Investoren Klarheit bieten, damit sie nicht "entnervt das Handtuch werfen" und dadurch Österreichs Standortqualität und Innovationskraft beschädigt werde. Platter betonte, dass auch die Landeshauptleute sich bei ihrer letzten Konferenz in Alpbach für effizientere Genehmigungsverfahren ausgesprochen hätten. "Wir müssen deshalb gemeinsam versuchen, die Verfahren schneller und unbürokratischer zu machen", sagte Platter.

(Schluss) fpr/mk

APA259 2017-07-21/12:51

211251 Jul 17

OTS040 5 II 0451 FMB0002 WI

21.Jul 17

GRÜNE WILLI UVP KURZ FLUGHAFEN

Willi: Kurz'scher Wahlkampfärm am Flughafen ist überflüssig
Utl.: Grüne: UVP-Gesetz wichtiges Instrument zum Schutz der Umwelt =

Wien (OTS) - "Da wird geschummelt, dass sich die Balken biegen", wirft der grüne Verkehrssprecher Georg Willi dem ÖVP-Chef Sebastian Kurz vor. "Seine Zahlen über die Verfahrensdauer zur 3. Piste sind falsch. Der Antrag auf Genehmigung der Piste stammt laut UVP-Datenbank des Umweltbundesamtes vom 13.3.2007. Die Unterlagen waren erst am 22.8.2011 vollständig. Wir reden also nicht von 17, sondern knapp sechs Jahren Verfahrensdauer", rückt Willi die Aussagen des ÖVP-Chefs zurecht. Kurz hatte anlässlich eines Rundgangs durch den Flughafen Wien behauptet, dass es einem in Österreich schwer gemacht werde, Großprojekte zu verwirklichen, so etwa ziehe sich das Verfahren zur 3. Piste seit über 17 Jahre hin. "Das Mediationsverfahren wurde freiwillig von der Flughafen Wien AG durchgeführt und zählt dezidiert nicht zum UVP-Verfahren."

Eine Verfahrensdauer von de facto sechs Jahren mag lang erscheinen, sie stellt aber in der durchschnittlichen Betrachtung einen Ausreißer dar. Der jüngste UVP-Bericht von 2015 weist von der Einreichung bis zur Entscheidung der Landesregierung durchschnittlich 23,4 Monate Verfahrensdauer nach, ab Vollständigkeit der Antragsunterlagen durchschnittlich 13 Monate (2014) und für die zweite Instanz 4,3 Monate (2014).

Die lange Verfahrensdauer für die 3. Piste geht laut Willi auf mehrere Umstände zurück: Der Lärmschutz wurde bisher in keinem einzigen Genehmigungsbescheid mit Auflagen beachtet und die UVP für die Ausbaumaßnahmen wie Skylink wurde europarechtswidrig umgangen. In der Mediation wurde nur mit einem Teil der Fluglärm-Betroffenen beraten.

"Kein Wunder also, dass sich im offiziellen UVP-Verfahren zur 3. Piste sehr viele Bürgerinitiativen mit Einwendungen eingebracht haben. Schließlich ist die 3. Piste ein Megaprojekt, das sich mit seinem Lärm und seinen Schadstoffen auf viele Jahrzehnte auswirkt. Da müssen die langfristigen Auswirkungen auf Mensch und Klima genau geprüft werden", unterstreicht Willi.

"Eine Fallfrist für UVP-Verfahren einzuführen, wie dies ÖVP-Chef Kurz verlangt, ist eine Schnapsidee und widerspricht dem Rechtsstaats-Prinzip. Wir brauchen stattdessen eine bessere Behörden-Ausstattung und mehr Amtssachverständige. Erst mit der Novelle vom Jänner dieses Jahres wurde das UVP-Verfahren ohnehin wieder gestrafft", betont Willi. Außerdem müssten die Grundsatzfragen vorab einer Öffentlichkeitsbeteiligung zugeführt werden: Wie soll ein österreichischer Verkehrswegeplan ausschauen? Wie viel Straßen- und Luftfahrt-Verkehr können wir uns angesichts der drohenden Erderhitzung und des Klimakollaps noch leisten?

"Eine weitere Entscheidungskonzentration für Bahn- und Straßenprojekte ist hingegen sinnvoll und sollte dann aber als konzentriertes UVP-Verfahren beim Umweltminister angesiedelt werden", fordert Willi. Schlecht bestellt sei es um die Kontrolle genehmigter Anlagen. Da gibt es einen Zuständigkeitswirrwarr, Betroffene werden von Hinz nach Kunz geschickt. "Wir Grüne stehen für effizientere Genehmigungsverfahren, aber sicher nicht für einen Abbau von Umwelt- und Beteiligungsstandards. Ich erwarte mir vom ÖVP-Chef, dass er dem überlauten Fluglärm den Kampf ansagt und nicht unsachlichen Wahlkampfplärm erzeugt."

~

Rückfragehinweis:

Grüner Klub im Parlament

+43-1 40110-6697
presse@gruene.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS040 2017-07-21/10:36

211036 Jul 17